Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

**Band:** 2 (1922-1923)

Heft: 3

Artikel: Sozialdemokratie und Erziehung

Autor: Killer, Karl

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-328412

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Diese Worte aus dem "politischen Testament" von Engels können gleichsam als Motto der Schrift Rautskys vorangesett werden. Denn ihr Ziel ist es, die Selbsterkenntnis und das Drientierungsvermögen des Proletariats so weit zu fördern, daß es frei von schädlichen Illusionen und Utopien, aber nicht minder frei von Kleinmut und Engherzigkeit im Bewußtsein seiner großen historischen Mission kraftvoll eingreift in den Gang der sozialen Revolution.

# Sozialdemokratie und Erziehung.

Von Rarl Riller, Baden.

Belänge auch die wirtschaftliche Umwälzung, die völlige Verwirklichung unseres sozialistischen Zieles von heute auf morgen, so bedürfte es zur Sicherung und weitern gesunden Entwicklung der neuen Gesellschaftsordnung tüchtig gebildeter, einsichtiger und charaktervoller Männer und Frauen. Genossen und Genossinnen, die durch eine lebensvolle Erziehung alle jene hohen Eigenschaften, die die Persönlichkeit stüßen, zu erwerben in der Lage waren. Grundlage für die Vildung möglichst vieler solcher Persönlichkeiten wird stets die wirtschaftliche Umbildung im Sinne der Vergesellschaftung der Produktionsmittel sein. Mit ihr verbunden nuß aber gleichzeitig eine tiesere Erziehung der Menschheit werden, eine Erziehung, die alle Faktoren benüßt, die zum Rulturausstieg nötig sind, die keine Geringschätung des einen noch eine Leberwertung des andern kennt, die beide in ihrer vollen Tiese erfaßt: körperliche und geistige Arbeit.

Die sozialdemokratische Partei hat von ihren Unfängen an die hohe Bedeutung der körperlichen Arbeit für die Entwicklung der mensch= lichen Rultur betont, ohne dabei die Verdienste der reingeistigen Tätigkeit zu schmälern. Sie will die Arbeit der Kand aus der Sklaverei der Ausbeutung befreien und ihr wirtschaftlich jene Stellung sichern, die ihr von Rechts wegen zukommt. Aus diesem Bestreben ergibt sich naturgemäß, daß die Sozialdemokratie aus ihrem inneren Wesen heraus zum Träger einer neuen Schule wird. Es gehört zu ihrem Leben, die Erziehung der Jugend in der Weise zu gestalten, daß schon der werdende Mensch mit beiden Grundlagen der Kultur, der körperlichen und geistigen Arbeit, durch die eigene Tätigkeit bekannt wird und an beiden zum vollwertigen Menschen ausreift. Jedes Glied der Gesellschaft zu einem solchen zu bilden, ist das Ziel der sozialistischen Wirtschaftsordnung; einer Ordnung, die keine bevorzugten und keine unterdrückten Klassen kennt und die deshalb auch keine Schulen hat, in der die Rlaffenunterschiede hoch gehalten werden. Die sozialdemokratische Partei ist die einzige, die aus innerm Drang zur Partei einer gründlichen Schulreform wird. Sie kann sie aber erst sein, wenn sie die wirtschaftliche Macht in den Sänden hat. Nichtsdestoweniger ist sie auch innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die stärkste treibende Kraft für eine Reform der Erziehung, und insbesondere eine naturgemäßere Erziehung der Rinder der arbeitenden Volksschichten.

Der kapitalistische Staat sorgt in erster Linie für seine Leute und gewährt den breiten Massen nur soweit die Mittel zur Bildung, daß ihre spätere Arbeit für das Rapital nußbringender wird. Es ist das Zeichen aller Reaktionäre von ehemals und von heute, daß sie gegen das "kostspielige" Schulwesen auftreten, das nicht jene Früchte bringe, die man von ihm erwartet habe. In diesen Reihen sinden wir neben dem Rapitalisten den Agrarier, der keinen aufgeklärten Arbeiter will, den Mann der Kirche, der ein getreues Schäslein lieber sieht als eine mit Zweiseln erfüllte Seele, die ohne kirchliche Bevormundung das Söchste sucht.

Mit andern Worten: der kapitalistische Staat hat auch eine kapitalistische Schule. Er kann sowenig aus seiner Kaut heraus wie ein Vär aus seinem Fell. Mag das Schulwesen in den 25 Staaten der Schweiz noch so verschieden sein in seiner äußern Organisation, in seinem innern Wesen ist es überall gleich. Unten, wo es sich um die Erziehung der Kinder der breiten Massen handelt: große Schülerzahl für einen Lehrer, 40 bis 80 Kinder; Lehrer, denen ein höheres Studium verschlossen blieb, um sie bei bescheidener Löhnung halten und vor allzu hohem geistigen Flug behüten zu können; alte Unterrichtsmethoden infolge zu starker Schülerzahl. Oben, wo die Elite des "bessern Volkes" geschult wird: kleine Klassen, höchstens 20 bis 30; akademisch gebildete Professoren; Veranschaulichungs-material und Studienreisen, um die geistige Ueberlegenheit zu sichern.

Das zeigt sich am deutlichsten in den Aufwendungen, die ein Staat für seine Schulen macht. Für den Kanton Aargau ergibt sich folgendes Vild:

	Schülerzahl	Direkte Ausgaben	Pro Schüler
Primarschule	39,000	4,500,000 Fr.	115,5 Fr.
Bezirksschule	4,000	1,060,000 "	265 "
Rantonsschule	240	245,000 "	1020 "

In andern Kantonen werden sich ähnliche Zahlen errechnen lassen. Der Staat gibt mehr als doppelt soviel aus für die Ausbildung eines Bezirksschülers als für einen Primarschüler. Diese Schulanstalten sind schon ihrer Entsernung wegen nicht allen zugänglich, abgesehen davon, daß die wirtschaftliche Not manchen Vater zwingt, sein Kind dieser erweiterten Volksschulbildung fern zu halten. Für einen Kantonsschüler wird das Neunsache ausgeworfen. Und alle Welt sindet das selbstwerständlich, denn eine tüchtige Vildung erfordert diese Opfer. Sobald aber die Not der Volksschule behoben werden soll und sie ihre Ansprüche geltend macht, so sindet auch die nötigste Resorm wohl gute Worte da und dort, aber daneben ein entschiedenes: "Es geht nicht — weil die Finanzen sehlen". Für die militärische Ausbildung wirst der kapitalistische Staat Millionen um Millionen aus, für die Menschlichsteitsbildung mangeln ihm dagegen die Mittel. Die Sozialdemokratie hat immer und immer die unproduktiven Militärausgaben bekämpst

und diese Gelder für produktive Zwecke verlangt; sie ist dafür, daß der Mensch nicht zum Zerstören, zum Morden erzogen werde, sondern

zum Aufbauen, zum Leben.

Für die neue Schule wären beim bürgerlichen Staat und den bürgerlichen Parteien wichtige äußere Vorbedingungen vorhanden. Es ist nicht in Albrede zu stellen, daß alle für eine sogenannte bessere Volksschulung mit den Worten eintreten. Die freisinnige Vartei ist ihrer Tradition gemäß für die allgemeine Volksschule. Da sie jedoch die wirtschaftlichen Grundlagen des heutigen Staates als richtig betrachtet, kann sie in ihrem Kern keine völlige geistige Befreiung des arbeitenden Volkes wollen, sondern begnügt sich mit einer ausgiebiger gebildeten Oberschicht. Die katholisch-konservative Partei und evangelische Volkspartei rufen mit allen Kräften nach der Bekenntnisschule, wo nur Kinder derselben Konfession miteinander erzogen werden. Sie erblicken in der gleichen religiösen Anschauung das Seil der Menschheit, wollen die Schule den kirchlichen Obern unterstellt wissen. Daß der Sozialdemokrat von dieser Schulreform nicht viel erwarten kann, liegt auf der Hand; denn die Menschheit scheidet sich in Tat und Wahrheit nicht nach religiösen Gesichtspunkten, sondern wirtschaftlichen. Die junge Bauern- und Bürgerpartei tritt jett für eine tüchtige Schulung ihres Nachwuchses in Fachschulen ein, während der behäbige Vauer früher nicht sehr viel auf Schulbildung hielt, weil sie ihn ein paar Steuerbagen mehr kostete. Für eine ausgedehnte Volksbildung ist die Partei wohl heute noch nicht zu haben, denn sie liegt nicht im Interesse ihrer Führerschicht.

In allen bürgerlichen Parteien sind Idealisten, die einer neuen bessern Schule rufen, weil ihnen die Not der alten ans Serz geht. Alber sie können nicht durchdringen, weil die Widerstände in den eigenen Parteien innerster Natur sind, ja dem Leben der Parteien direkt

zuwiderlaufen würden.

Tropdem treten Reformversuche und Reform = vorschläge aus ihren Reihen an den Tag und die Sozialdemotratie muß zu ihnen Stellung nehmen. Sie muffen darauf geprüft werden, ob sie in der Linie der Entwicklung liegen oder der Reaktion dienen. Zu den ältern Postulaten der freisinnigen Partei gehört die Förderung der staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung durch den Bund. Im Jahr 1915 wurde durch Ständerat Wettstein (Zürich) die Anregung eingebracht und dem Bundesrat zur Prüfung überwiesen. Die Angelegenheit ist noch ungelöst. Der Bericht des Bundesrates sieht eine Unterstützung dieser Bestrebungen durch Organisation von Kursen und Alusgabe von entsprechenden Lehrmitteln und Materialsammlungen vor. Die Sozialdemokratie muß nach den Erfahrungen vieler Jahre in diesem staatsbürgerlichen Unterricht in erster Linie eine Abwehrmaßnahme der herrschenden Partei gegen die international orientierte Arbeiterbewegung erblicken. "Vaterländisch und sozial" war seit alter Zeit nur der, der im Wasser der herrschenden Partei segelte. Sie muß es aber auch verneinen, daß durch einen rein theoretischen Unterricht soziale Gesinnung gebildet werden könnte, insbesondere durch einen Unterricht, der die soziale Gerechtigkeit ohne Umbildung unserer Wirtschaftsordnung zu erstreben vermeint. Die Gesetzgebung der letten Monate, die unter dem Deckmantel des Schutzes der Demokratie die Bestrebungen auf Söherbildung der Gesellschaftsund Staatsform unter Umständen mit Freiheitsstrafe bedroht, sticht jedem nicht ganz Blinden den Star, damit er nun weiß, was heute von einer staatsbürgerlichen Erziehung zu erwarten wäre.

Während die katholisch-konservative Partei sich dem "Staatsbürgertum" in der Wettsteinschen Form gegenüber ablehnend verhält, weil sie darin eine neue Stärkung der freisinnigen Staatsgewalt in der Schule und naturgemäß eine Schwächung der kirchlichen Obrigkeit auf diesem Gebiet erblickt, gehört sie zu den eifrigsten Rufern nach Wiedereinführung der Refrutenprüfung. Ihre Führer vermochten in geschickter Weise dafür fast die ganze Schar kantonaler Erziehungsdirektoren zu gewinnen. Von 25 Leitern des Schulwesens in den Kantonen zeigten sich 20 als Befürworter einer Institution, an der man die Vildung des Volkes messen will. Einige wollen sie nur gelten lassen als Maßstab für die Tauglichkeit zum Militär, die Mehrzahl aber findet in ihr eine eifrige Förderin der Schulbildung. Vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus anertennen wir die Notwendigkeit einer Schulprüfung für die Militärauslese nicht. Sie scheint auch nicht nötig, denn nicht nur das militärische Denken, sondern sogar das politische besorgen General und Obersten für alle Soldaten, ja sogar in einem Beift, der dem republikanischen, den sie zu schüßen vorgaben, direkt zuwiderläuft. (Publikationen von General Wille und Oberst Gertsch.) Die Rekrutenprüfung hat unser Schulwesen auch nicht gefördert, sowenig als die schlechten Noten im Dienstbüchlein einen Rekruten gescheiter gemacht hätten. Entwicklung unseres Schulwesens erfolgte aus dem Iwang des wirtschaftlichen Aufschwungs und dem Drang des Volkes nach befferer Vildung, da diese für die meisten der einzige Besitz geworden ist.

Das Schulwesen industrieller Kantone trieb über dasjenige stark landwirtschaftlicher hinaus. Die Fortschritte der erstern ließen sich an der Rekrutenprüfung nicht durch Noten ermessen und so blieben verschiedene Kantone mit ihren Ergebnissen in den vordern Reihen, obwohl ihr Schulwesen bei weitem nicht den Ansprüchen genügt, die heute ein Arbeiter für die Erziehung seiner Kinder stellen muß. Und um diesen guten Ruf sich zu erhalten, möchte man die Wiederschistig dem Zunde gegenüber und seinen allfälligen Eingrissen in die Schulhoheit der Kantone ein Veto einlegen, zu dessen Albgabe er selber die Instanz geschaffen hat. Für die sozialdemokratische Partei fällt einzig in Vetracht, daß durch die Rekrutenprüfungen eine Förderung des Schulwesens nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil konstatiert eine große Gegnerschaft, daß die Rekrutenprüfungen die Verufsschulung jahrzehntelang gehindert haben und die Forts

bildungsschule für die Iünglinge vom 16. bis 19. Altersjahre zu einer öden Repetierschule machten, die jede Lust an der Weiterbildung bei vielen einfach ertötete. Erst nachdem der Krieg sie zu Fall gebracht hatte, wurde der Fortbildungsschulunterricht durchwegs wieder reger und verließ alte tiefkarrige Geleise. Während die meisten Vefürworter eine Alenderung der Prüfungsart wünschten, um die Gegner zu versöhnen, sprach sich Ständerat Wirz unzweideutig dahin aus, daß höchstens "unwesentliche Alenderungen angezeigt sein mögen". Damit

ist auch angedeutet, was von einer Reform zu halten ist. Die sozialdemokratische Partei hat auch mit scharfem Auge die Bestrebungen zu verfolgen, die unter dem Schlagwort "Gym = nafialre for m" seit Jahren auf eine Alenderung des Mittelschulwesens hinzielen. Damit ja kein Ungefalbter in die heiligen Hallen der hohen Wissenschaft einbreche, wurden hohe Mauern in Form starrer Prüfungen und Vorschriften davor errichtet. Und es ist insbesondere die Medizinkunst, die als unvermeidlich die Kenntnis der alten Sprachen, Griechisch und Latein, bezeichnete, um ein zünftiger Jünger Aesculaps werden zu können. Darob kam die Vildung so heraus, daß gar mancher ein sehr gelehrtes Saus wurde, der das Altertum in allen verstaubten Ecken durch und durch kannte, in der eigenen Umwelt aber sich kaum zurecht fand. Der Mittelschüler wurde einseitig belastet und mancher tüchtige Ropf durch die engen Vorschriften von einer Laufbahn ausgeschieden, in der er der Menschheit hätte nütlich sein können. Die Mittelschulen mußten eine Reform anbahnen, wenn sie nicht mit immer stärkerem Widerstand ihrer Schüler rechnen wollten. Diese Alenderungen mussen im Einverständnis mit den Hochschulen getroffen werden. Lettere zeigten sich geneigt, das Studium nicht von einer einseitig orientierten Vorbildung abhängig zu machen, sondern jede Mittelschulbildung mit oder ohne alte Sprachen als Reifezeugnis für die höhere Ausbildung anzuerkennen. Damit wäre ein alter Jopf beseitigt gewesen. Allein nicht nur der Widerstand aller Klosterschulen erhob sich, auch der schweizerische Aerzteverein stellte durch eine Abstimmung fest, daß die altklassische Bildung für ihn am zweckmäßigsten sei. Warum? Auch im Alerzteberuf macht sich die starke Konkurrenz bereits fühlbar. Und die Serren wehren sich gegen eine Verproletarisierung, aber in erster Linie nicht mit den Mitteln, die die Arbeiterschaft anwendet, sondern sie wollen den Staat dazu benüten. Durch rigorose Bestimmungen über die Erreichung der Medizinmatur können sie den Zufluß in ihre Reihen abhalten. Wer nicht mindestens sechs Jahre an einem altklassischen Gymnasium seine Vildung geholt, sollte nach ihrer Unsicht nicht Arzt studieren dürfen. Damit ist für alle Kinder aus dem Arbeiterstand, auch wenn sie noch so begabt wären, der Zutritt zu diesem Beruf aus finanziellen Gründen verriegelt. Der Prolet darf seinen kranken Körper nur einem anvertrauen, der die nötigen Moneten besaß, um Griechisch und Latein lernen zu können! Aber nicht nur das! Durch das Hochhalten dieser Schranken wird das gesamte Schulwesen in einem reaktionären Sinne beeinflußt und der Entwicklung des Volks=

schulwesens Fesseln angelegt, gegen die sich alle nicht durch Sonder-

intereffen beeinflußte Rräfte wenden müffen.

Die Art und Weise, wie die Gymnasialreform von einzelnen zünftigen Kreisen durchgeführt werden will, beweist aufs neue, daß ihre Parteien keine Reform aus innerem Drang durchführen wollen noch können. Es handelt sich höchstens um einige Zugeständnisse an

moderne Forderungen, die man nicht zu ignorieren wagt.

Diesen Reformversuchen der bürgerlichen Parteien auf dem Gebiet der Erziehung stellen wir das sozialdemokratische Parteiprogramm entgegen. Es sucht durch Beseitigung der Ausbeutung die Iugend vor körperlicher Not zu bewahren und ihr so den gesunden Leib zu sichern, darin die gesunde Seele wohnen kann. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse kapitalistische sind, wird durch unentgeltliche Schulspeisung und Rleidung Ersatz gefordert. Aller Unterricht bis zur Sochschule soll nicht nur unentgeltlich sein, sondern durch ausreichende Stipendien dem Bedürftigen ermöglicht werden. Die Veträge, die heute ausgeworfen werden, sind dazu viel zu klein. Der Abschluß des Schulunterrichtes hat nach unsern Forderungen in direkter Beziehung mit der Verusslehre zu erfolgen. Lehrwertstätten sollen die Ausbeutung des Lehrlings unmöglich machen.

So tritt die gesamte Erziehung von unten auf in Beziehung mit der Arbeit des Volkes. Sie prägt es dem Kinde ein, daß nur auf der Arbeit die menschliche Kultur beruht. Sie fördert in dem Kinde das Lustgefühl über eine getane Arbeit und weckt den Abschen vor dem Schmaropertum, das sich von der Arbeit anderer nährt. Der Geist der Solidarität wird nicht nur gepredigt, sondern kommt tagtäglich zum Erleben. So bildet sich in der Jugend schon jenes Gemeinschaftsgefühl aller Arbeitenden, das die ganze Gesellschaft einst umschlingt, wenn sie das Joch des Kapitalismus endgültig abgeworfen hat.

Das sozialistische Ideal erst verwirklicht die neue Schule, die heute unter dem Namen Arbeitsschule propagiert wird. Wie schon ihr Name deutet, kann sie erst dann ihren Segen zeigen, wenn die Arbeit des Volkes zu ihrem Recht gekommen ist.

# Von unserer Kommunalpolitik.

Von Jakob Grau.

Unsere lokalen Parteivereine sind bekanntlich nicht nur als Bestandteile der sozialdemokratischen Gesamtorganisation gedacht, dazu bestimmt, Maßnahmen und Aktionen, die von den Zentralleitungen beschlossen werden, durchzusühren. Sie sind vielmehr in weitgehendem Maße berusen, völlig selbständig innerhalb dem Rahmen des Parteiprogramms soziale Aufgaben zu lösen, soweit solche auf Gemeindegebiet durchführbar sind. Dieses Gebiet ihrer Tätigkeit bezeichnen wir mit sozialdemokratischer Gemeindes oder Kommunalpolitik.

Da die Gemeinden ihrerseits eine weitgehende Autonomie besitzen und daher berechtigt sind, freiwillige, selbstgewählte Aufgaben aller